

## **12,90 € für die Einbauküche**

Die Tübinger Kreishandwerkerschaft hat vor einigen Tagen Klage über die LKW-Maut geführt: Eine Handwerkerrechnung werde sich wegen der neuen Autobahnbenutzungsgebühr um 1,2% bis 1,5% verteuern. Bei einer Einbauküche im Wert von 10 000€ wären das satte 150€.

Die dahinter stehende Mathematik kann handwerklich nicht solide sein. Die wenigsten Handwerker fahren mit LKW über 12t herum. Aber nur diese schweren Laster müssen die Maut bezahlen. Im Landkreis Tübingen gibt es kaum einige Meter Autobahn. Aber nur dort fallen Gebühren an.

Für das Handwerk kann man also Entwarnung geben: Wegen der Maut kommt es nicht zu Preisaufschlägen. Eine Studie im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums hat für den Transport der Elemente der oben genannte Einbauküche anteilige Mautkosten von 12,70€ ermittelt. Das sind 0,127%.

Richtig ist, dass der Transport von Beton oder Ziegeln auf der Autobahn von Kiel nach Tübingen nun deutlich teurer wird. Das ist aber das Ziel der Maut: sinnlose Transporte und Leerfahrten zu reduzieren. Außerdem entsteht so der Bahn und lokalen Anbietern ein Kostenvorteil. Darüber könnte die Handwerkerschaft sich eigentlich freuen.

Irrungen und Wirrungen verursacht die Maut nicht nur im Kreis Tübingen. Diese Woche hat die EU-Kommission endgültig grünes Licht für den Start der Gebührenerhebung gegeben, weil Deutschland auf Entlastungen für deutsche Spediteure verzichtet. Die Union und das Speditionsgewerbe kritisieren diesen Kompromiss heftig.

Sie sollten sich besser an die eigene Nase fassen. Denn was von vielen als Managementfehler der Bundesregierung aufgefasst wird, ist dem hiesigen Landesverkehrsminister Ulrich Müller zu verdanken, der als Verhandlungsführer der Unionsmehrheit im Bundesrat eine Verdoppelung der Mauterstattung für die Spediteure von geplanten 300 Millionen € auf 600 Millionen € pro Jahr durchgesetzt hat.

Damit begann das Problem. Die Bundesregierung wollte den Spediteuren in Übereinstimmung mit dem EU-Wettbewerbsrecht durch eine Reduktion der Kraftfahrzeugsteuer und ein Förderprogramm für umweltfreundliche Fahrzeuge helfen. Mehr als 300 Millionen € lassen sich so aber nicht verteilen. Um das doppelte zu erreichen, verpflichtete Müller den Bund auf das so genannte Mauterstattungsverfahren: Die Spediteure sollten einen Teil der Maut an der Tankstelle zurück erhalten. Genau das hat die EU-Kommission erwartungsgemäß untersagt. Der Landesverkehrsminister hat via Bundesrat genau den Schlamassel angerichtet, mit dem er nun den Bundesverkehrsminister zum Rücktritt bringen will.

Wenn die Weltfirmen Daimler-Chrysler und Deutsche Telekom die Technik bis zum 1. November in den Griff bekommen, wird Deutschland das modernste Maut-Erfassungssystem der Welt besitzen. Nachdem die Politik jahrzehntelang der Brummiplage tatenlos zugesehen hat, ist das die erste wirksame Maßnahme zu ihrer Eindämmung. Mehr Platz auf den Straßen, faire Anlastung der Kosten, weniger Umweltverschmutzung sind der Nutzen einer grünen Verkehrspolitik, die sich immer noch gegen allerlei unqualifizierte Angriffe wehren muss.